

Hinweise zum Datenschutz bei Waffen- und Sprengstoff-Angelegenheiten

Im Folgenden informieren wir Sie gem. Art. 13 / 14 DSGVO über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten anlässlich der Durchführung / Bearbeitung von waffen- und sprengstofflichen Anträgen und Anfragen sowie deren Überwachung und Aufsicht.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Große Kreisstadt Wangen im Allgäu - vertreten durch den Oberbürgermeister
Waffenbehörde

Marktplatz 1, 88239 Wangen im Allgäu

Telefon: 07522 / 74 - 266, E-Mail: info@wangen.de, Homepage: www.wangen.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Große Kreisstadt Wangen im Allgäu

Datenschutz

Marktplatz 1, 88239 Wangen im Allgäu

Telefon: 07522 / 74 - 283, E-Mail: datenschutz@wangen.de

Zweck und Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Die erhobenen personenbezogenen Daten sind zum Vollzug des Waffen- und Sprengstoffrechts erforderlich.

Ihre Daten werden auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO i.V.m. Waffengesetz, Sprengstoffgesetz, Verwaltungsvorschrift zum Sprengstoffgesetz, Gesetzes über das nationale Waffenregister verarbeitet.

Bei Kontaktanfragen, weiteren Anliegen und freiwilligen Angaben erfolgt die Verarbeitung auf Grund Ihrer Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 a) DSGVO.

Eine Nichtbereitstellung notwendiger Daten kann negative Auswirkungen haben, z.B. die Ablehnung von Anträgen oder die Einleitung von Ordnungsmaßnahmen.

Empfänger der personenbezogenen Daten

Die Verarbeitung der Daten erfolgt durch die Verarbeitungsprogramme Condition WorkOffice vom kommunalen Rechenzentrum ITEOS und das Nationale Waffenregister. Sofern Gebühren anfallen, werden Daten durch die Stadtkasse verarbeitet.

Ihre personenbezogenen Daten werden im Zuge der Verarbeitung weitergegeben an: Bundeszentralregister (BZR), Zentrales Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister (ZStV), örtlich zuständige Polizeidienststelle, an die Meldeämter (Mitteilung Inhaber waffenrechtlicher und sprengstoffrechtlicher Erlaubnisse). Des Weiteren erfolgt eine Weitergabe an die neue zuständige Behörde (bei Umzug) und an das Nationale Waffenregister gemäß NWRG (Adressen, Erlaubnisse, Waffendaten, Verbote).

Sofern nicht ausdrücklich anders angegeben, erfolgt keine Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation.

Dauer der Datenspeicherung und Löschung

Die Datenspeicherung erfolgt unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen solange, wie diese für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

Die Aufbewahrungspflicht der Waffenbehörde beträgt nach § 44 a Abs. 3 WaffG bis zu 30 Jahre, für alle übrigen Unterlagen mindestens 20 Jahre. Versagungen von waffenrechtlichen Erlaubnissen werden mindestens 5 Jahre gespeichert.

Die Daten im Sprengstoffrecht werden für die Dauer von bis zu zehn Jahren, gerechnet ab dem Zeitpunkt der Beendigung des letzten von der Genehmigung erfassten Vorgangs gespeichert.

Ihre Rechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Auskunft über Ihre personenbezogenen Daten (Art. 15 DSGVO), Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor: Löschung (Art. 17 DSGVO), Einschränkung der Datenverarbeitung (Art. 18 DSGVO), Datenübertragbarkeit (nur bei Einwilligung oder Vertrag; Art. 20 DSGVO), Widerspruch gegen die Datenverarbeitung (Art. 21 DSGVO).

Die Ausübung der Betroffenenrechte kann ggf. durch spezialgesetzliche Regelungen eingeschränkt sein. Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Senden Sie hierfür bitte eine E-Mail an eine der o.g. Adressen.

Widerrufsrecht bei Einwilligung

Sie haben das Recht die erteilte Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

Senden Sie hierfür bitte eine E-Mail an eine der o.g. Adressen.

Beschwerderecht

Sind Sie der Ansicht, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt, haben Sie unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO). Die für uns zuständige Aufsichtsbehörde ist der Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Baden-Württemberg.

Die Kontaktdaten und weitere Informationen können der Webseite des Landesdatenschutzbeauftragten BW unter folgendem Link entnommen werden:

<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de>